

- Beschlusskammer 7 -

Beschluss

Az.: BK7-23-016

In dem Verwaltungsverfahren

wegen Außerbetriebnahme und Stilllegung von Gasspeichern (§ 35h EnWG)

der RWE Gas Storage West GmbH, Hollestraße 7a, 45127 Essen, gesetzlich vertreten durch die
Geschäftsführer [REDACTED] ebenda

Antragstellerin,

- Verfahrensbevollmächtigte: Rosin Büdenbender Rechtsanwaltsgesellschaft mbH,
Rechtsanwalt Dr. Peter Rosin, Semperstraße 33, 45138 Es-
sen

hat die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus
Müller,

durch ihre Vorsitzende Anne Zeidler,
ihre Beisitzerin Claudia Aubel
und ihren Beisitzer Dr. Werner Schaller

am 30.10.2023 beschlossen:

1. Die endgültige Stilllegung der Erdgaskaverne S 59 am Standort Epe, Kottiger Hook 63 in
48599 Gronau-Epe wird genehmigt.
2. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf
<https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden

Gründe

I.

- 1 Die Antragstellerin begehrt aufgrund der geplanten Umstellung einer Kaverne, konkret der Kaverne S 59 am Speicherstandort Epe-L, auf Wasserstoff die Genehmigung der Stilllegung von Teilen einer Gasspeicheranlage.
- 2 Die Antragstellerin betreibt an fünf Speicherstandorten Untergrund-Erdgasspeicher (Kavernenspeicher) mit einem Arbeitsgasvolumen von rund 1,6 Mrd. m³ für den nordwesteuropäischen Gasmarkt. Drei der Kavernenspeicher befinden sich in Gronau-Epe (H-Gas, L-Gas und G-Gas für die Niederlande) sowie ein weiterer in Staßfurt und einer in Xanten. Am Standort Epe betreibt die Antragstellerin einen Erdgasspeicher mit insgesamt vier unterirdischen Kavernen, in die L-Gas (Erdgas) eingespeichert wird (Speicher Epe L-Gas). Zu diesen vier Kavernen gehört die Erdgaskaverne S59. Der Speicher Epe L-Gas ist an das Fernleitungsnetz der Open Grid Europe GmbH (OGE) angeschlossen.
- 3 Der Speicher Epe L-Gas wies im Winter 2022/23 insgesamt ein nutzbares Arbeitsgasvolumen von 167,8 Mio. m³ Erdgas aus. Das vermarktbares Arbeitsgasvolumen der Kaverne S59 beträgt 0,4 TWh (40 Mio. m³). Die maximale Einspeicherleistung des Speichers Epe L-Gas beträgt 200.000 m³/h und die maximale Ausspeicherleistung beträgt 400.000 m³/h. Sowohl die Einspeicher- als auch die Ausspeicherleistung ist nicht den jeweiligen Kavernen zuordenbar, sie bezieht sich auf die Gesamtspeicheranlage. Die Antragstellerin erwartet aufgrund der Hinzunahme zweier Kavernen des Epe-NL-Speichers und unter Zugrundlegung einer Konvergenz (Hohlraumverringerung) der Kavernen auch nach der Umstellung der antragsgegenständlichen Kaverne einen Anstieg des nutzbaren Arbeitsgasvolumens im Speicher Epe-L auf 199,8 Mio. m³ Erdgas im Speicherjahr 2026.
- 4 Die Antragstellerin verstärkte im Jahr 2015 die antragsgegenständliche Kaverne zur Entlastung der Schweißnähte im Bereich des Untertagesicherheitsventils (USAV) durch eine dauerhafte Sicherung. Im Dezember 2019 kam es dennoch zu einem Anstieg des Ringraumkopfdruckes. Hier-von unabhängig wurde im August 2022 ein weiterer Druckanstieg in der Controlline der USAV-Sektion festgestellt. Am 07.10.2022 erfolgte die Meldung zu den aufgetretenen Problemen an die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Bergbehörde. Nach weiterem Monitoring und Bewertung der Situation unterrichtete die Antragstellerin die Bergbehörde am 22.12.2022 darüber, dass eine Flutung der Kaverne mit frischem Wasser sowie der anschließende Ausbau der Förderrohrtour erforderlich sind, um den sicheren Speicherbetrieb zu gewährleisten. Die Antragstellerin erklärte, dass die Bergbehörde ihr mündliches Einverständnis zur Flutung erteilte. Zwecks Reparatur stellte sie den Speicherbetrieb für die Kaverne S59 zum 01.04.2023 ein, um unter anderem die Flutung technisch vorzubereiten, die Flutungsanlage zu errichten und die Materialbestellung

auszuschreiben. Die Flutung beginnt im vierten Quartal 2023 und dauert nach Angaben der Antragstellerin [REDACTED]

- 5 Nach Abschluss der Reparatur, der Flutung und der Wiederbefüllung mit Erdgas könnte die Kaverne dem Erdgasmarkt planungsgemäß erst wieder ab dem zweiten Quartal 2026 zur kommerziellen Nutzung zur Verfügung stehen. Wegen der saisonalen Nutzung ist nach Einschätzung der Antragstellerin mit einer effektiven Nutzung der Kaverne durch den Markt zwecks Ausspeicherung jedoch erst im Winter 2026/27 zu rechnen. Je nach Zeitpunkt der Umstellung des Speichers EpeL-Gas auf H-Gas würde die Kaverne ab dem zweiten Quartal 2026 bzw. effektiv genutzt ab Winter 2026/27 entweder gar nicht mehr oder nur noch für einen geringen Zeitraum dem L-Gas-Speichermarkt zur Verfügung stehen, sondern dem H-Gas-Speichermarkt.
- 6 Die Antragstellerin plante die antragsgegenständliche Kaverne nach Durchführung der erforderlichen Reparatur und Flutung auf Wasserstoff umzustellen und nicht wieder mit Erdgas zu befüllen.
- 7 Ab dem [REDACTED] ist die technische Umrüstung für die Wasserstoffspeicherung geplant. Die Erstbefüllung mit Wasserstoff ist im Zeitraum vom [REDACTED] [REDACTED] vorgesehen.
- 8 Durch die endgültige Umstellung wird die Ein- und Ausspeicherleistung des Erdgasspeichers EpeL nicht reduziert, da keine Anpassungen an den obertägigen Anlagen geplant sind. Die neu entstehende Wasserstoffkaverne soll über eine Wasserstoffspeicherkapazität von rund 54 GWh beziehungsweise über ein Arbeitsgasvolumen von 15,3 Mio. m³ Wasserstoff verfügen.
- 9 Für die Umstellung der Kaverne S59 hat die Antragstellerin eine Vielzahl weiterer Genehmigungen einzuholen. So hat sie etwa die Fortschreibung des Hauptbetriebsplans als Betriebsgenehmigung und Genehmigungen der Sonderbetriebspläne für bestimmte Anlagenbereiche, wie beispielsweise für die Errichtung der Kaverne, die Errichtung der Obertageanlage und die Gaserstbefüllung einzuholen.
- 10 Im Rahmen des seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ausgeschriebenen „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) Wasserstoff hat sich die Antragstellerin im Jahr 2021 um Aufnahme in das Förderverfahren mit einem ersten Wasserstoffspeicher am Standort Gronau-Epe beworben. Sie hat sich im Rahmen des IPCEI „GET H2“ mit sieben weiteren Unternehmen (RWE Generation SE, bp Europa SE, Evonik Operations GmbH, Nowega GmbH, Open Grid Europe GmbH, Salzgitter Flachstahl GmbH und Thyssengas GmbH) zusammengeschlossen, um eine erste Wasserstoff-Wertschöpfungskette aufzubauen, bestehend aus Wasserstoffproduktion, -Transport und -Speicherung sowie deren Anbindung an erste industrielle Endverbraucher. Das Vorhaben der Antragstellerin, der Bau eines Wasserstoffspeichers, komplettiert die Wasserstoff-Wertschöpfungskette.

- 11 Im April 2022 reichte die Antragstellerin das für die Notifizierung der Europäischen Kommission benötigte Projektportfolio ein und befindet sich seither im laufenden Notifizierungsprozess. Parallel stellte sie ebenfalls im April 2022 auf nationaler Ebene einen entsprechenden Förderantrag und erwirkte einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn ab dem 01.06.2022. Zum Zeitpunkt der Antragstellung befindet sich das Projekt in der Phase der Detailplanung und Beschaffung sowie Genehmigung und soll im dritten Quartal 2023 in die nächste Phase, die Bauphase, übergehen. Die kommerzielle Inbetriebnahme des Speichers ist zum 01.01.2027 geplant.
- 12 Die Antragstellerin hat mit Schreiben vom 31.01.2023 die geplante Stilllegung der Kaverne S59 bei der Beschlusskammer 7 angezeigt. Am 15.06.2023 hat sie den Antrag auf Stilllegung von Teilen einer Gasspeicheranlage eingereicht.
- 13 Die Antragstellerin beantragt,
die endgültige Stilllegung der Erdgaskaverne S59 des Erdgasspeichers Epe L-Gas am Standort Epe, Kottiger Hook 63 in 48599 Gronau-Epe nach § 35h Abs. 1 S. 1 EnWG zwecks Umrüstung in eine Wasserstoffkaverne zu genehmigen.
- 14 Mit Schreiben vom 23.06.2023 hat die Beschlusskammer der OGE Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Mit Schreiben vom 10.07.2023 hat die OGE eine Stellungnahme abgegeben. Die Beschlusskammer hat am 29.06.2023 die Regulierungskammer NRW als Landesregulierungsbehörde über die Verfahrenseinleitung benachrichtigt.
- 15 Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte Bezug genommen.

II.

16 Der Antrag auf Stilllegung von Teilen einer Gasspeicheranlage konnte genehmigt werden.

1. Rechtsgrundlage

17 Die Entscheidung nach Tenorziffer 1. ergeht auf Grundlage des § 35h Abs. 2 S. 1, Abs. 3 S. 1 EnWG i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG.

2. Formelle Voraussetzungen

18 Die formellen Voraussetzungen liegen vor.

2.1. Zuständigkeit

19 Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 35h Abs. 2 S. 1 EnWG die für die Entscheidung zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

2.2. Antragsform und -begründung

20 Der Antrag ist formgerecht gestellt worden. Der Antrag ist insbesondere gemäß § 35h Abs. 1 S. 2, Abs. 2 S. 2 EnWG begründet.

2.3. Frist

21 Die Anzeigefrist ist eingehalten worden. Gem. § 35h Abs. 1 S. 1 EnWG ist die geplante Stilllegung einer Gasspeicheranlage oder von Teilen einer Gasspeicheranlage mindestens zwölf Monate im Voraus bei der Bundesnetzagentur anzuzeigen. Die Antragstellerin hat mit Schreiben vom 31.01.2023 die geplante Stilllegung der Kaverne S59 bei der Beschlusskammer 7 angezeigt. Die endgültige Stilllegung ist nach Abschluss der Reparaturarbeiten im vierten Quartal 2024 geplant.

2.4. Antragsbefugnis

22 Die Antragstellerin ist antragsbefugt. Antragsbefugt ist nach § 35h Abs. 1 S. 1 EnWG der Betreiber einer Gasspeicheranlage im Sinne des § 35a Abs. 2 EnWG. Hierunter fallen gemäß § 3 Nr. 6 EnWG juristische Personen, die die Aufgabe der Speicherung von Erdgas wahrnehmen und für den Betrieb einer Gasspeicheranlage verantwortlich sind. Darüber hinaus muss die zur (Teil)Stilllegung vorgesehene Gasspeicheranlage nach § 35a Abs. 2 EnWG über einen Einspeisepunkt in das deutsche Fernleitungsnetz verfügen. Bei der Antragstellerin handelt es sich um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Gesellschaftszweck, Gasspeicheranlagen zu betreiben und zu vermarkten. Die Kaverne S59 ist der Antragstellerin nebst Zuwegung und Nutzungsrecht bezüglich der für den Betrieb der Gasspeicherung notwendigen Anlagen und Einrichtungen per überlassen (s. § 1 des Kavernennutzungsvertrags III – Anlage 1 des Antrags). Die antragsgegen-

ständige Speicheranlage ist zudem an das Netz der Open Grid Europe (OGE) am Anschlusspunkt Speicher Gronau-Epe L1 angeschlossen. Die Antragstellerin hat möglicherweise einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung über die Genehmigung der Stilllegung der Kaverne S59. Insbesondere kann nicht von vorneherein offensichtlich ausgeschlossen werden, dass die Stilllegung der Kaverne keine oder nur unerhebliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit hat.

2.5. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- 23 Der Antragstellerin fehlt auch nicht etwa das Bescheidungsinteresse. Von einem Fehlen des Bescheidungsinteresses wäre dann auszugehen, wenn die begehrte Genehmigung für die Antragstellerin nutzlos wäre, weil einer Verwirklichung des Projektes bereits planungs- bzw. genehmigungsrechtliche Gesichtspunkte entgegenstünden. Dies ist derzeit für die Beschlusskammer nicht erkennbar. Für das Bescheidungsinteresse reicht es aus, dass die Antragstellerin die Genehmigungsverfahren ernsthaft betreibt. Dies hat die Antragstellerin zur Überzeugung der Beschlusskammer dargetan.
- 24 Ein Abwarten der weiteren Genehmigungen vor einer stattgebenden Entscheidung nach § 35h EnWG ist hingegen nicht erforderlich. Die gegenteilige Ansicht würde dazu führen, dass Projekte, für welche eine Genehmigung begehrt wird, mit zusätzlichen zeitlichen und wirtschaftlichen Risiken belastet würden.

2.6. Anhörung

- 25 Der Antragstellerin wurde vor Abschluss des Verfahrens gemäß § 67 Abs. 1 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. U.a. wurde zu diesem Zwecke der geplante Tenor am 25.09.2023 an die Antragstellerin mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt. Auch der Open Grid Europe GmbH wurde im Genehmigungsverfahren gem. § 35h Abs. 2. S. 3 EnWG die Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt, indem ihr der Antrag der Antragstellerin am 23.06.2023 mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt wurde.

3. Materielle Voraussetzungen der Genehmigung

- 26 Auch die materiellen Voraussetzungen des § 35h Abs. 3 S. 1 EnWG liegen vor.
- 27 Voraussetzung ist zunächst das Vorliegen einer vorläufigen oder endgültigen Außerbetriebnahme oder Stilllegung einer Gasspeicheranlage, von Teilen einer Gasspeicheranlage oder des betreffenden Netzanschlusses am Fernleitungsnetz, § 35h Abs. 1 S. 1 EnWG. Darüber hinaus kann die Genehmigung gemäß § 35h Abs. 3 S. 1 EnWG nur erteilt werden, wenn hiervon keine nachteiligen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union ausgehen oder wenn der Weiterbetrieb technisch nicht möglich ist.

3.1. Anwendungsbereich

- 28 Der Anwendungsbereich des § 35h EnWG ist eröffnet. Der Anwendungsbereich umfasst die vorläufige oder endgültige Außerbetriebnahme oder Stilllegung einer Gasspeicheranlage, von Teilen einer Gasspeicheranlage oder des betreffenden Netzanschlusses am Fernleitungsnetz. Die Umstellung einer Erdgaskaverne auf Wasserstoff stellt eine endgültige Stilllegung von Teilen einer Gasspeicheranlage im Sinne der Norm dar.

3.1.1. Gasspeicheranlage

- 29 Der Begriff der Gasspeicheranlage bezieht sich gem. § 3 Nr. 19c EnWG auf Anlagen zur Speicherung von Gas, das gem. § 3 Nr. 19a EnWG Erdgas umfasst. Hiervon abzugrenzen ist die Wasserstoffspeicheranlage, die in § 3 Nr. 39b EnWG speziell als Anlage zur Speicherung von Wasserstoff definiert ist. Demnach ist im Normkontext des § 35h EnWG in dem Betrieb der Speicheranlage mit Wasserstoff nach der Umstellung kein Weiterbetrieb einer Gasspeicheranlage zu sehen. Dem steht nicht entgegen, dass nach der Begriffsdefinition des § 3 Nr. 19a EnWG auch Wasserstoff, der durch Wasserelektrolyse erzeugt worden ist, ein Gas ist. § 35h Abs. 1 EnWG adressiert dem Wortlaut nach den „Betreiber einer Gasspeicheranlage“. Dies umfasst gemäß § 3 Nr. 6 EnWG „natürliche oder juristische Personen [...], die die Aufgabe der Speicherung von Erdgas wahrnehmen und für den Betrieb einer Gasspeicheranlage verantwortlich sind“. Insofern ergibt sich eine Eingrenzung des Anwendungsbereichs des § 35h EnWG auf Anlagen zur Speicherung von Erdgas. Eine Umstellung des Betriebs auf die Speicherung von Wasserstoff hat die Herausnahme der Speicheranlage aus der Erdgasinfrastruktur zur Folge und bedeutet gemäß dem Normzweck somit gerade kein Weiterbetrieb mit einem anderen Gas. Gestützt wird dieses Ergebnis dadurch, dass vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage im Jahr 2022 und aufgrund der ausbleibenden Erdgaslieferungen aus Russland in Folge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine durch das Genehmigungserfordernis nach § 35h EnWG gerade eine unkontrollierte Herausnahme von Erdgasspeicheranlagen aus dem Markt verhindert werden soll (vgl. BT- Drs. 20/1501, S.40).
- 30 Das Vorhaben der Antragstellerin ist auf eine Stilllegung eines Teils einer Gasspeicheranlagege- richtet, denn die Umstellung bezieht sich allein auf die Kaverne S59 und nicht auf die gesamte Speicheranlage EPE L-Gas am Standort Gronau-EPE, die aus vier unterirdischen Kavernen be- steht.

3.1.2. Stilllegung

- 31 Der Begriff der endgültigen Stilllegung ist hingegen weder in § 3 EnWG noch in § 35h EnWG legal definiert. Aufgrund der vergleichbaren Sachlage kann aber in Analogie zu § 13b Abs. 3 S. 2 EnWG auf die Definition der endgültigen Stilllegung in Bezug auf Anlagen zur Erzeugung oder Speiche- rung elektrischer Energie zurückgegriffen werden (BeckOK EnWG/Richter, 7. Ed. 1.6.2023,

EnWG § 35h Rn. 2). Danach sind endgültige Stilllegungen „Maßnahmen, die den Betrieb der Anlage endgültig ausschließen oder bewirken, dass eine Anpassung der Einspeisung nicht mehr [...] erfolgen kann, da die Anlage nicht mehr innerhalb dieses Zeitraums betriebsbereit gemacht werden kann.“

- 32 Dagegen sind vorläufige Stilllegungen in Analogie zu § 13b Abs. 3 S. 1 EnWG, „mit Ausnahme von Revisionen und technisch bedingten Störungen, Maßnahmen, die bewirken, dass die Anlage nicht mehr anfahrbereit gehalten wird, aber [...] wieder betriebsbereit gemacht werden kann.“
- 33 Die Reparaturarbeiten einschließlich der Flutung der Kaverne stellen keine Stilllegung dar, insbesondere auch keine vorläufige Stilllegung, sondern eine hiervon abzugrenzende Instandsetzungsmaßnahme. Dies ergibt sich aus § 13b EnWG, der die vorläufige Stilllegung von der Revision abgrenzt und in dessen Anwendungsbereich Maßnahmen, die der Ertüchtigung der Anlage unabhängig von regelmäßigen Plänen dienen, der Revision gleichgestellt sind. Eine Ertüchtigung liegt demnach vor, wenn wesentliche Anlagenteile modernisiert oder wieder in Stand gesetzt werden, vgl. § 8 Abs. 4 NetzResV. Instandsetzungsmaßnahmen werden somit definitorisch von der vorläufigen Stilllegung abgegrenzt. Dieser Grundsatz ist auch im Rahmen von § 35h EnWG anwendbar, sodass die Reparatur mitsamt der hierfür zunächst erforderlichen Flutung der Kaverne S59 als Instandsetzungsmaßnahme und nicht bereits als vorläufige Stilllegung zu werten ist.
- 34 Darüber hinaus ist auch mit der Flutung der Kaverne S59 noch keine abschließende Richtungsentscheidung hinsichtlich der Betriebs als Erdgas- oder Wasserstoffkaverne verbunden. Die Antragstellerin hat zur Überzeugung der Beschlusskammer dargelegt, dass es ihr bis zum Abschluss der Flutung freisteht, die Kaverne zwecks Weiterbetrieb als Erdgaskaverne zu reparieren. Erst mit Beginn der Arbeiten an der Kaverne zur Umstellung, mit denen die für den Wasserstoffbetrieb notwendigen Bestandteile eingebaut werden, wird der Betrieb der Anlage in Bezug auf die Speicherung von Erdgas vollständig eingestellt und die Anlage endgültig aus der Erdgasinfrastruktur herausgenommen wird.
- 35 Der Außerbetriebnahme kommt neben dem Begriff der Stilllegung im Rahmen von § 35h EnWG keine eigenständige Bedeutung zu. Die Außerbetriebnahme ist anders als die Stilllegung nicht legal definiert. Bereits die Stilllegung stellt aber darauf ab, ob die Anlage anfahrbereit gehalten wird beziehungsweise der Betrieb der Anlage ausgeschlossen wird. Die Außerbetriebnahme ist demnach bereits begrifflich von der Stilllegung mitabgedeckt. Dafür spricht, dass bereits zur Abgrenzung der vorläufigen Stilllegung von der Revision beziehungsweise der Ertüchtigung sowohl der Betriebswille als auch objektive Umstände, die auf eine Betriebseinstellung hinweisen, herangezogen werden können (BerlKommEnR/König, 4. Aufl. 2019, EnWG § 13b Rn. 24; BeckOK EnWG/Ruttloff, 7. Ed. 1.6.2023, EnWG § 13b Rn. 14).

3.2. Auswirkung auf die Versorgungssicherheit

- 36 Von der Umstellung der Kaverne S59 gehen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union aus. Nur unerhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union sind unbeachtlich, § 35h Abs. 3 S. 2 EnWG.

3.2.1. Versorgungssicherheit

- 37 Der Begriff der Versorgungssicherheit in § 35h Abs. 3 EnWG entspricht dem in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Gesetzeszweck einer „sicheren Versorgung“. Eine einheitliche Definition hat sich bislang weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene durchgesetzt (vgl. Theobald: in Theobald/Kühling, Energierecht Kommentar, 116. Ergänzungslieferung Mai 2022, § 1 EnWG, Rn. 17). Der Begriff der Versorgungssicherheit ist im Lichte des Art. 194 Abs. 1 b) AEUV zu lesen. Danach ist die Gewährleistung der Versorgungssicherheit als eines der vier Ziele der Energiepolitik der Europäischen Union auf ausreichende und zuverlässige Befriedigung der Nachfrage an Energie gerichtet (vgl. Hamer, in: von der Groeben/Schwarze/Hatje, Europäisches Unionsrecht, 7. Aufl. 2015, AEUV, Art. 194, Rn. 15). Letztlich spielen bei der Beurteilung der Versorgungssicherheit die Fragen, ob eine hinreichende Gasversorgungsinfrastruktur zur Deckung der Nachfrage nach Erdgas – auch in einer Krisensituation oder bei besonders hoher Nachfrage (Spitzenlast) – vorhanden ist, eine Rolle. Dementsprechend fließen in die Bestimmung und die Bewertung der Versorgungssicherheit Aspekte ein, die etwa auch § 51 Abs. 2 EnWG für das entsprechende Monitoring der Versorgungssicherheit spezifiziert: Dazu gehören unter anderem das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem relevanten Markt, die erwartete Nachfrageentwicklung sowie die Situation bei Nachfragespitzen oder bei Ausfällen von Infrastruktur oder von Versorgern. Auch nach der Gesetzesbegründung zur Einführung des § 35h EnWG sind etwa „die Gas-Liefermengen und deren Verfügbarkeit sowie deren zukünftige Entwicklung zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist z. B. die Nachfrage nach Gasmengen und deren voraussichtliche Entwicklung zu berücksichtigen (BT-Drs. 20/1501, S. 40). Dies verdeutlicht, dass auch die künftige Bedeutung des Speichers für die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen ist.
- 38 Sofern auf die voraussichtliche Entwicklung abgestellt wird, kann hierbei insbesondere auch die Rolle des Speichers für die künftige Entwicklung des Wasserstoffmarktes berücksichtigt werden, die perspektivisch ebenfalls einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten wird. Dem steht nicht entgegen, dass § 35h EnWG vordringlich die Versorgungssicherheit im Erdgasmarkt adressiert, weil der Bezug zur geopolitischen Lage im Jahr 2022, in der insbesondere Erdgaslieferungen aus Russland ausfielen, hergestellt wird (s.o.). Die Versorgungssicherheit des Erdgasmarktes stellt den Ausgangspunkt für die Bewertung dar, Entwicklungen hin zu einer treibhausgasneutralen Versorgung und der Zielsetzung eines schnellen Markthochlaufs im Wasserstoffbereich dürfen aber nicht unberücksichtigt bleiben. Somit ist auch § 35h EnWG im Lichte der Gesetzesziele des

§ 1 Abs. 1 EnWG, hier insbesondere die treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung, auszulegen, sodass bei der Bewertung der Auswirkungen der Umstellung auf die Versorgungssicherheit auch die Entwicklung des Wasserstoffmarktes soweit möglich zu berücksichtigen ist. Andernfalls wäre auch das nationale Ziel, bis 2045 in der Bundesrepublik Deutschland Netto-Treibhausgasneutralität zu erreichen, schwer erreichbar (vgl. § 3 Abs. 2 KSG).

- 39 Zudem ergibt sich aus den europäischen Vorgaben das Ziel, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden (Mitteilung der Kommission COM(2019) 640 final vom 11.12.2019, Der europäische Grüne Deal, S.2). Dieses kann nur erreicht werden, wenn die Treibhausgase bis 2030 um 55% verringert werden (Mitteilung der Kommission COM(2019) 640 final vom 11.12.2019, Der europäische Grüne Deal, S.5; Mitteilung der Kommission COM(2020) 562 final vom 17.9.2020, Der Klimazielplan für 2030, S.2). Dieses Ziel wurde auch in den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie Wasserstoff (GasRL-E) aufgenommen (Kommission, COM (2021) 803 final, 2021/0425 (COD), S. 2). Zur Erreichung dieses Ziels sollen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch der Union im Jahr 2030 mindestens 40 % beträgt (Art. 3 Abs. 1 des Vorschlags der Kommission zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 (RED III)). Hierzu gehört insbesondere die Nutzung von Wasserstoff, der unter Verwendung von erneuerbaren Energiequellen wie Windkraft, Wasserkraft oder Sonnenenergie durch Wasserelektrolyse erzeugt worden ist.
- 40 Zentrale Bedeutung für die Beurteilung der nachteiligen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit hat neben der Größe des Speichervolumens auch die Lage bzw. Anbindungssituation des Speichers, die darüber entscheidet, ob und inwieweit ihre Funktion von anderen Speichern ebenfalls erfüllt werden kann (BeckOK EnWG/Richter, 7. Ed. 1.6.2023, EnWG § 35h Rn. 9). Aus Verhältnismäßigkeitsgründen stellt § 35h Abs.3 S. 2 EnWG klar, dass lediglich unerhebliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit unbeachtlich sein sollen. Andernfalls würde jede Reduzierung von Speicherkapazität untersagt werden müssen, da mit jeder Reduzierung denklogisch auch eine negative Auswirkung auf die Versorgungssicherheit einhergeht (BeckOK EnWG/Richter, 7. Ed. 1.6.2023, EnWG § 35h Rn. 10).
- 41 Alle Voraussetzungen für eine Stilllegung der Kaverne S59 sind von der Antragstellerin zur Überzeugung der Beschlusskammer mit dem von ihr vorgelegten Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln gGmbH (EWI) „Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit durch die Umstellung der L-Gaskaverne S-59 am Standort Epe“ (im Folgenden: EWI, Ökonomisches Gutachten) aus April 2023 nachgewiesen worden. Für die Beschlusskammer war im Rahmen der Bewertung insbesondere maßgeblich, dass von der Umstellung insgesamt ein geringes Arbeitsgasvolumen betroffen ist und die Ein- und Ausspeicherleistung am Speicherstandort

Epe unverändert bleibt. Darüber hinaus ist auch der Beitrag der Speicherumstellung zum Wasserstoffmarkthochlauf von besonderer Bedeutung für die hier getroffene Bewertung. Die Stellungnahme der OGE, an deren Netz der antragsgegenständliche Speicher angeschlossen ist, enthält keine anderen oder weitergehenden Aspekte und führt somit zu keinem anderen Ergebnis in Hinblick auf die Bewertung der Versorgungssicherheit.

- 42 Die Beschlusskammer stützt ihre Argumentation im Rahmen der Analyse der Versorgungssicherheit auf die von EWI ausgeführten Analysen und Berechnungen. Gegenstand des Gutachtens der Antragstellerin ist die Analyse der Auswirkung der Kavernenumstellung auf die Versorgungssicherheit im Erdgasbereich unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Entwicklung eines Wasserstoffmarktes.
- 43 Der Gutachter legt mittels der vorgenommenen Analysen und Berechnungen schlüssig dar, dass die Umstellung der Kaverne S59 nur sehr geringfügige Effekte auf das L-Gas-Gebiet und den Gesamtspeichermarkt in Deutschland hat. Für das L-Gas-Gebiet ergibt sich demnach zu Beginn der retrospektiven Betrachtung am 01. Oktober 2022 aufgrund der Umstellung eine Reduktion der Speicherkapazität um 0,32 %. Bezogen auf die gesamtdeutschen Gasspeicherkapazitäten ergibt sich für das Gaswirtschaftsjahr 2026/2027 eine Reduktion um ca. 0,16 % (EWI, Ökonomisches Gutachten, S. 14 f.).
- 44 Die Ergebnisse der Leistungsbilanzierung zeigen sowohl hinsichtlich der retrospektiven Betrachtung des europäischen L-Gasversorgungsgebietes als auch hinsichtlich der Betrachtung des Winters 2026/2027, dass die Stilllegung der Kaverne S59 in keinem der untersuchten Szenarien einen Unterschied im Hinblick auf die Deckung der Nachfragespitzen ergibt. Die Umstellung der Kaverne S59 hat auch deshalb keine nennenswerten Effekte auf das L-Gas-Gebiet und den Gesamtspeichermarkt, weil die technischen Anlagen am Standort Epe zur Bereitstellung der Ausspeicherleistung vollständig erhalten bleiben und für weitere Kavernen zur Ein- und Ausspeicherung zur Verfügung stehen. Die installierte Ausspeicherleistung am Standort Epe verändert sich daher nicht.
- 45 Die Beschlusskammer kann den Ausführungen des Gutachters auch insoweit folgen, dass kein erhöhtes Risiko für das Auftreten einer Gasmangellage in Folge der Umstellung des antragsgegenständlichen Speichers erkennbar ist. Der Gutachter stellt plausibel dar, dass der Einfluss der Umstellung der Kaverne S59 auf das europäische L-Gasversorgungsgebiet sehr gering ist, was sich durch eine Abweichung des Füllstandes am Ende des Untersuchungszeitraums im Winter 2022/2023 von 0,12 % zeigt. Auch bei der prognostischen Betrachtung des Winters 2026/2027 weicht der Füllstand am Ende des Untersuchungszeitraums unter Berücksichtigung der Umstellung der Kaverne S59 nach den Darlegungen des Gutachters nur geringfügig ab.
- 46 Die Beschlusskammer folgt den Ausführungen des Gutachters bezüglich der Einschätzung, dass die Umstellung der Kaverne S59 auf Wasserstoff voraussichtlich zu einer Verbesserung in Hinblick auf die Wasserstoffspeicherkapazitäten führt und damit einen Beitrag zur Erreichung der

benötigten Speicherkapazität bis zum Jahr 2030 in Deutschland und Europa leisten wird. Der Gutachter geht unter Bezugnahme auf die Langfristszenarien für die Transformation des Energiesystems in Deutschland des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima (BMWK-Langfristszenarien) von einem Wasserstoff-Speicherbedarf in Deutschland von mindestens 1,6 TWh bis zu 2,9 TWh bis zum Jahr 2030 aus (EWI, Ökonomisches Gutachten, S. 23) und liegt somit noch unter den prognostizierten Bedarfen der Nationalen Wasserstoffstrategie für 2030. Ausgehend von den derzeit geplanten Projekten mit einer Gesamtspeicherkapazität für Wasserstoff in Deutschland von ca. 0,481 TWh (EWI, Ökonomisches Gutachten, S. 42) entfallen davon ca. 11 % (0,054 TWh) auf die Umstellung der untersuchten Kaverne S59. Die Beschlusskammer erachtet die Umstellung daher als potentiell relevanten Beitrag für den Wasserstoffhochlauf.

- 47 Die Beschlusskammer erkennt nicht, dass die künftige Entwicklung des Gasmarktes gerade auch mit Blick auf Angebot und Nachfrage von einer Vielzahl Faktoren abhängen dürfte, so dass Prognoseberechnungen des Gutachters in Bezug auf die Entwicklung des Erdgasmarktes zwangsläufig mit Prognoserisiken behaftet sind. Dieses führt jedoch aus Sicht der Beschlusskammer nicht zu einer anderen Bewertung in Hinblick auf die Auswirkungen der Versorgungssicherheit im Erdgasbereich durch die Stilllegung der Kaverne S59.

3.3 Ermessen

- 48 Der Beschlusskammer steht im vorliegenden Fall kein Ermessensspielraum zur Verfügung, weil sich das Ermessen auf Null reduziert hat. Gemäß § 40 VwVfG hat eine Behörde, die nach ihrem Ermessen zu handeln ermächtigt ist, grundsätzlich ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. Im vorliegenden Fall reduzieren die Grundrechte der Antragstellerin, insbesondere die Eigentums- und Berufsfreiheit, den Ermessensspielraum der Beschlusskammer dahingehend, dass im hier vorliegenden Fall nur die beantragte Genehmigung als Rechtsfolge in Betracht kommt. Rechte Dritter oder andere gewichtige Interessen, die im Rahmen einer Ermessensabwägung zu berücksichtigen wären, sind nicht ersichtlich.

4. Nebenentscheidungen (Tenorziffer 2.)

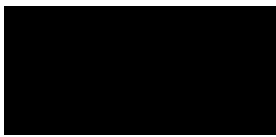
- 49 Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

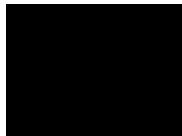
Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von der oder dem Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).



Anne Zeidler

Vorsitzende



Claudia Aubel

Beisitzerin



Dr. Werner Schaller

Beisitzer